

Niederschrift

über die öffentliche **Einwohnerversammlung** in der Gemeinde Boostedt
am Dienstag, den 14. November 2023, 19.00 Uhr
in der Sigfried-Steffensen-Sporthalle, Twiete 46, 24598 Boostedt

Beginn: 19.03 Uhr

Ende: 21.09 Uhr

I. Anwesenheit und Feststellung der Beschlussfähigkeit

1. Vorsitz:

Bm Hartmut König

2. Gäste/Teilnehmende

Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack
Sozialministerin Aminata Touré
Herr Dirk Gärtner (Direktor des Landesamtes
für Zuwanderung und Flüchtlinge)
Katja Ralfs (Sozialministerium)
Ca. 550 Einwohnerinnen und Einwohner

Zu TOP4 von der Firma H-Projektierung:
Hans-Christian Mergel
Georg Bosch
Matthias Jakob

3. Von der Amtsverwaltung hinzugezogen:

Stellv. LVB Jochen Möller
Amtsangestellte Kaja Paffendorf
Amtsangestellte Corinna Friedrichs

Diese zugleich als Protokollführerin

II. Tagesordnung

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Bürgermeister
2. Anträge auf Ergänzung zur Tagesordnung
3. Erstaufnahmeeinrichtung – Information zur aktuellen Belegung und künftigen Nutzung
4. Vorstellung „Waldsiedlung“ Baugrundstücke
5. Fragen, Anregungen, Verschiedenes

III. Beratungsinhalte und Beschlüsse

TOP 1 - Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Bürgermeister

Beratungsinhalt:

Bearb. durch:

Bürgermeister Hartmut König eröffnet um 19.03 Uhr die Sitzung mit der Feststellung, dass form- und fristgerecht eingeladen worden ist. Er begrüßt die ca. 550 anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner sowie neben sich Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Sozialministerin Aminata Touré, Katja Ralfs als Mitarbeiterin aus dem Sozialministerium, den Direktor des Landesamtes für Zuwanderung und Flüchtlinge Dirk Gärtner sowie den stellvertretenden LVB Jochen Möller und Corinna Friedrichs aus dem Amt Boostedt-Rickling.

Weiter bedankt sich Bm Hartmut König bei der Freiwilligen Feuerwehr für die Absicherung, Parkplatzeinweisung und Brandwache.

Er weist darauf hin, dass von Ton- und Videoaufnahmen Abstand zu nehmen ist. Ebenso ist es nicht gestattet, während der Versammlung Fotos von den teilnehmenden Personen zu machen.

Bm Hartmut König nimmt Bezug auf seinen Bürgermeisterbrief. Er hat darauf viele Rückmeldungen erhalten und versucht, diese im Vorfeld dieser Einwohnerversammlung bestmöglich zu beantworten.

TOP 2 - Anträge auf Ergänzung zur Tagesordnung

Beratungsinhalt:

Bearb. durch:

Es erfolgen keine Anträge.

TOP 3 - Erstaufnahmeeinrichtung – Information zur aktuellen Belegung und künftigen Nutzung

Beratungsinhalt:

Bearb. durch:

Bürgermeister Hartmut König berichtet kurz über den Sachstand:

Gemeinsam mit der Landesregierung wurde 2018 ein Vertrag über den Betrieb einer Landesunterkunft in der Gemeinde Boostedt geschlossen. Dieser Vertrag läuft noch bis zum 30.11.2024. Die Landesregierung ist im Frühjahr 2023 an die Gemeinde herangetreten. Es besteht der Wunsch, die Landesunterkunft über den vertraglich vereinbarten Zeitraum hinweg weiter zu betreiben. Es wird aktuell ein Standortkonzept ausgearbeitet, welches ab 2026 greifen soll. Dieses sieht vor, Landesunterkünfte mit einer Belegungszahl von 1.000 Plätzen zu betreiben. Dadurch ist eine Wirtschaftlichkeit der einzelnen Unterkünfte gegeben. Auf Grund der deutlich gestiegenen Flüchtlingszahlen möchte die Landesregierung in der Übergangszeit bis Ende 2025 die Landesunterkunft in Boostedt mit ähnlichen Belegungszahlen wie sie aktuell sind, weiterführen. Die Gemeinde hat nun zu entscheiden wie es weitergehen soll.

Sozialministerin Aminata Touré bedankt sich bei den Boostedter Einwohner*innen für ihr Engagement in den letzten Jahren. Sie möchte heute gemeinsam mit Innenministerin Dr. Sütterlin-Waack in den persönlichen Austausch treten. Gemeinsam führen sie aktuell Gespräche mit den Gemeinden, in denen bereits Landesunterkünfte bestehen und verweist auf die Erarbeitung des neuen Standortkonzepts. Die Landesregierung bittet die Gemeinde Boostedt darum, die

Landesunterkunft in der Übergangszeit mit den gleichen Belegungszahlen weiterzuführen. Wenn Boostedt sich dagegen entscheidet, liegt es an der Landesregierung, hierfür eine Lösung zu finden. Sie spricht sich für eine Zusammenarbeit aus.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack bedankt sich bei den Boostedter*innen, für ihre Bereitschaft, in den vergangenen Jahren Flüchtlinge, aufgenommen und integriert zu haben. Als Innenministerin ist sie unter anderem für die Sicherheit zuständig. Hierzu wird sie Fragen beantworten.

Es ergeben sich folgende Wortmeldungen:

Ein Bürger bemängelt die aktuellen Belegungszahlen. 2000 Flüchtlinge sind zu viel. Er bedauert, dass die im bestehenden Vertrag festgelegten Zahlen nicht eingehalten werden. Das Vertrauen ist dadurch verloren gegangen. Wie soll dies in Zukunft anders umgesetzt werden?

Sozialministerin Aminata Touré entgegnet, sie könne nachvollziehen, dass Vertrauen verloren gegangen ist. Durch die hohen Flüchtlingszahlen ist es nicht mehr möglich, solche Verträge über einen langen Zeitraum hin zu schließen, wie dies in der Vergangenheit geschehen ist. Es sind nur noch kurzfristige Planungen möglich. Auf dem Migrationsgipfel am 09.10.2023 wurde beschlossen, die Plätze in den Erstaufnahmen im Land auf Wunsch der Kommunen zu erhöhen. Boostedt ist hiervon ausgenommen, da Boostedt als Standort nicht weiter überfordert werden soll.

Eine Bürgerin erkundigt sich wie die Polizeistation in der Landesunterkunft besetzt ist. Weiter fragt sie was passiert, wenn sich die Gemeinde Boostedt gegen den Weiterbetrieb der Landesunterkunft entscheidet.

Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack berichtet, es sind zehn Beamte in der Zeit zwischen 7 und 24 Uhr vor Ort. Bei Bedarf wird die Polizeistation durch umliegende Stationen verstärkt.

Sozialministerin Aminata Touré ergänzt, wenn Boostedt zu einem Weiterbetrieb Nein sagt, müsse das Land schauen, wo die Personen untergebracht werden. Dies würde keine Konsequenzen für die Gemeinde Boostedt bedeuten, außer, dass die Gemeinde dann nicht mehr von einer Weiterverteilung der Flüchtlinge ausgenommen wäre.

Eine Bürgerin erkundigt sich wie der Verteilungsschlüssel wäre, wenn die Flüchtlinge dauerhaft in der Gemeinde unterzubringen sind. Weiter fragt sie, wem die Liegenschaft gehört und warum die Gemeinde nun doch ein Mitspracherecht hat. Dies wurde in der Vergangenheit anders kommuniziert.

Sozialministerin Aminata Touré erklärt, Boostedt ist aktuell durch den Betrieb der Landesunterkunft von der dauerhaften Unterbringung der Flüchtlinge ausgenommen. Der Verteilungsschlüssel ist abhängig von den Zugangszahlen. Danach wird eine prozentuale Aufteilung errechnet.

Bürgermeister Hartmut König ergänzt, der Verteilungsschlüssel liege aktuell bei 4,99 %. Für 2023 hieße es, dass das Amt Boostedt-Rickling 213 Flüchtlinge dauerhaft aufnehmen müsste, verteilt auf alle Gemeinden. Für Boostedt entspräche dies ca. 60 bis 70 Personen. Dies ist der Schlüssel für ein Jahr. Dieser hängt immer von den tatsächlichen Flüchtlingszahlen ab und wird entsprechend angepasst. Je nach Familienstand werden kleine oder größere Wohnungen für

die Flüchtlinge innerhalb der Gemeinde benötigt. Sollten die kleinen Gemeinden innerhalb des Amtes nicht ausreichend Wohnraum zur Verfügung stellen können, müssten die größeren Gemeinden unterstützen.

Sozialministerin Aminata Touré entgegnet auf den zweiten Teil der Frage, dass es sich bei der Liegenschaft um eine Bundesliegenschaft handelt. Der Bund hat das Land darauf hingewiesen, Bundesliegenschaften für Landesunterkünfte zu nutzen. Ihr Anliegen ist es aber, gemeinsam mit der Gemeinde eine Lösung zu finden. Verneint die Gemeinde dies, ist das Land gezwungen eine andere Lösung zu finden.

Ein Bürger erkundigt sich, wie viele Personen im Jahr die örtliche Landesunterkunft durchlaufen. Wie ist die Sicherheit innerhalb des Ortes, nicht nur die in der Landesunterkunft, sichergestellt?

Sozialministerin Aminata Touré teilt mit, dass in allen Landesunterkünften die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 120 Tage beträgt. In diesem Jahr sind ungefähr 10.000 Personen in Schleswig-Holstein angekommen. Nach den vorgenannten 120 Tagen werden die Bewohner*innen in die Kommunen weiterverteilt. Hierbei verweist sie auch auf den monatlichen Zuwanderungsbericht, in welchem die aktuellen Zahlen genau dargestellt sind.

Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack ergänzt, die Polizeistation in der Landesunterkunft habe die Sicherheit im Ort mit im Blick. Diese ist nicht nur für die Landesunterkunft zuständig, sondern ist auch im Ort unterwegs.

Eine Bürgerin hinterfragt, warum erst jetzt ein neues Standortkonzept, welches ab 2026 umgesetzt werden soll, erarbeitet wird. Weiter fragt sie, ob die für dieses Konzept genannte Gesamtbelegungszahl von 1.000 Personen tatsächlich festgeschrieben ist oder ob diese bei Mehrbedarf wieder erhöht wird, so wie es in der Vergangenheit auch schon passiert ist.

Sozialministerin Aminata Touré erklärt, die Flüchtlingszahlen waren bislang deutlich geringer, so dass die vorhandenen Plätze in den Landesunterkünften ausreichend waren. Durch den starken Anstieg an Zuwanderungen, reichte dieser Bedarf nicht mehr aus. Das Land ist dabei, sukzessive, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Die Zuwanderung liegt nicht in der Hand des Landes. Es wird versucht, Lösungen zu finden und mehr Plätze zu schaffen. So ist eine Landesunterkunft in Glückstadt mit 600 Plätzen vor kurzem eröffnet worden. Eine weitere Zusätzliche wird in der kommenden Woche in Kiel starten. Der Anspruch ist, einzelne Unterkünfte nicht zu überfordern, stattdessen die Last auf mehreren Schultern zu tragen. Die Kommunen sind an das Land herangetreten, weil sie mit der Schaffung von Wohnraum zur dauerhaften Unterbringung nicht mehr nachkommen. Wohnraum ist knapp. Dadurch stockt die Weiterverteilung der Bewohner*innen.

Ein Bürger fragt wie sich die Kriminalstatistik für die Gemeinde Boostedt in den Jahren zwischen 2015 bis jetzt verändert hat im Vergleich zu dem Zeitraum davor. Weiter lädt er Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack ein, mit ihm zusammen die AKN nach NMS zu nutzen um sich vor Ort ein Bild zu machen.

Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack nimmt die Einladung zur gemeinsamen Bahnfahrt an. Zu der Entwicklung der Kriminalität in den genannten Zeiträumen kann sie leider keine Auskunft erteilen, liefert dies aber gern in Form einer E-Mail an den Bürger nach.

Ein Bürger klagt, er habe kein Vertrauen mehr. Vertraglich wurden andere Zahlen zugesagt. Nun leben 2.000 Flüchtlinge in der Landesunterkunft. Dies ist zu viel. Wer entscheidet über die Belegungszahlen? Die Unterbringung von Kriegsflüchtlingen ist nachvollziehbar, aber es sind auch Wirtschaftsflüchtlinge hier. Bm Hartmut König erklärt, die Gemeinde wurde seinerzeit wegen des großen Flüchtlingszuwachses im Rahmen des Ukrainekrieges gebeten, die Grenzen des Vertrages zu öffnen. Dieser Bitte wurde zugestimmt. Weiter erklärt er, dass geplant ist, die Justizvollzugsschule in Boostedt fest zu etablieren. Hierfür werden auch Flächen benötigt, welche aktuell von der Landesunterkunft genutzt werden. Dadurch würde sich der Raum für die Landesunterkunft beschränken, was automatisch zu geringeren Belegungszahlen führen würde.

Sozialministerin Aminata Touré kann nachvollziehen, dass das Vertrauen auf eine harte Probe gestellt wurde. Sie entschuldigt sich, dass dieses in der Vergangenheit missbraucht wurde. Es gilt nun, das verloren gegangene Vertrauen mit Ehrlichkeit und Offenheit wieder aufzubauen und gemeinsam mit den Boostedter Bürger*innen eine Lösung finden. Sie sei heute hier um transparent zu sagen, dass aktuell eine Belegung von 2.000 Personen benötigt wird. Aktuell werden weitere Standorte neu aufgebaut und die Belegungszahlen an bestehenden Standorten erhöht, auch um Boostedt zu entlasten. Es besteht das Ansinnen, die Kapazitäten runter zu fahren. Eine Begrenzung der Flüchtlinge wurde in der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen. Es dauere jedoch etwas, die dort gefassten Beschlüsse umzusetzen.

Eine Bürgerin erkundigt sich, welches Ergebnis die Ministerinnen heute mitnehmen wollen. Außerdem sagt sie, sie sehe in Boostedt keine Flüchtlinge aus der Ukraine.

Sozialministerin Aminata Touré erklärt, ukrainische Flüchtlinge seien überwiegend in der Landesunterkunft in Seeth untergebracht. Sie sei heute hier, um die Stimmung einzufangen und mit den Boostedter Bürger*innen ins Gespräch zu kommen. Der Bürgermeister wurde darum gebeten, dass sie dieser Einwohnerversammlung beizuwohnen dürfe.

Eine Bürgerin teilt mit, sie habe Angst sich im Dunkeln im Boostedt zu bewegen, gerade auch in Bahnhofnähe. Oft hupen die einfahrenden Züge am Bahnhof. Die Bewohner*innen der Landesunterkunft halten sich dort, aber auch im Straßenverkehr, nicht an die Verkehrsregeln.

Bm Hartmut König erklärt, das DRK schule die ankommenden Flüchtlinge in der Landesunterkunft, wie sie sich im Alltag innerorts zu benehmen haben. Weiter bittet er, auch die Vorteile, die die stärkere Nutzung der AKN mit sich bringen kann, zu sehen. Beispielsweise sei eine Schnellstrecke nach Hamburg im Gespräch. Durch eine höhere Frequentierung erhöhe sich die Möglichkeit einer Haltestelle in Boostedt.

Ein Bürger bekundet, er habe sich die Statistik vom Landeskriminalamt für das Jahr 2022 angesehen. Diese stelle dar, dass die Kriminalität gestiegen sei, auch durch Zugezogene.

Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack bestätigt, dass es innerhalb der Landesunterkunft kleinere Streitigkeiten gibt, beispielsweise bei Meinungsverschiedenheiten bei der Essensausgabe. Sie habe mit der Polizei vor Ort gesprochen, diese konnte ihr keine deutlichen Anstiege bestätigen. Nichtsdestotrotz bittet sie darum, bei ansteigenden Zahlen von ausländischen Tätern, auch die Altersgruppeberücksichtigen. Dies sei keine Entschuldigung, nur ein Hinweis. Gerade in der Altersgruppe von 20- bis 40-jährigen finden sich die meisten Auffälligkeiten, auch bei deutschen Bürgern. Die Ankommenden fallen meist in diese Zielgruppe.

Eine Bürgerin teilt mit, dass in ihrem Haus in den vergangenen Jahren drei Mal eingebrochen wurde. Sie betont, wenn man in ein fremdes Land kommt, habe man sich dort auch zu benehmen.

Sven Adomat, stellvertretender Direktionsleiter in Bad Segeberg, nimmt hierzu wie folgt Stellung: In Boostedt ist eine leichte Steigerung an Straftaten zu verzeichnen. Diese betreffe überwiegend Diebstahlskriminalität und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Landesunterkunft. Die Statistik für alle anderen Delikte ist hingegen nicht auffällig. Zur Erhöhung der Sicherheit werden die Sicherheitskonzepte jederzeit angepasst. Die Zahlen werden im Blick behalten. Die Anzahl der Polizeibeamten werde entsprechend angepasst.

Eine Bürgerin erkundigt sich ob Flüchtlinge bei Diebstahlsdelikten anders bestraft werden als Deutsche.

Bm Hartmut König antwortet, die Vorfälle werden der Polizei gemeldet. Die Justiz verfolge diese entsprechend weiter. Es wurden bereits in der Vergangenheit bei Wiederholungsdelikten Personen aus Boostedt entfernt

Sozialministerin Aminata Touré ergänzt, bei vermehrten Straftaten habe dies durchaus eine Auswirkung auf den Aufenthaltstitel.

Ein Bürger erklärt, dass seine 11-jährige Tochter Angst hat, allein mit dem Zug nach Neumünster zu fahren. Weiter erkundigt er sich ob es einen Vertrag gibt für die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen.

Sozialministerin Aminata Touré entgegnet, es gebe keine dauerhafte Aufnahme, wenn die Landesunterkunft bestehen bleibt. Das Land benötige diesen Standort, um Menschen weiter erstunterzubringen.

Eine Bürgerin beklagt, sie traue sich nicht allein raus. Sie gehe nur in Begleitung ihres Mannes bei Netto einkaufen. Dies schränke ihre Lebensqualität ein. Sie bemängelt, dass Müll liegen gelassen wird, die Vermüllung entlang den Straßen reiße nicht ab. Weiter fragt sie ob es heute eine Abstimmung über die Fortführung der Landesunterkunft geben soll.

Bm Hartmut König pflichtet ihr bei. Die Verschmutzung ärgere alle. Er befinde sich daher bereits in Gesprächen mit dem DRK, damit künftig vermehrt Müll gesammelt wird. Dies findet bereits jetzt statt, reicht aber scheinbar nicht aus.

Eine Abstimmung wird es heute nicht geben. Der von den Bürger*innen gewählte Gemeinderat wird sich intern besprechen und Ende November einen Beschluss fassen. Es ist heute nicht umsetzbar abzustimmen, da nur ein Teil der Einwohner*innen vor Ort sind. Er bittet um Vertrauen, dass eine gute Lösung für alle gefunden wird.

Eine Bürgerin möchte, dass die nun mehrfach genannten Ängste der Frauen ernst genommen werden. Weiter weist sie darauf hin, dass durch die Landesunterkunft Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bürger Hartwig Puhmann lobt die Strukturen innerhalb der Landesunterkunft. Es gibt ein gutes Konzept und passende Strukturen. So wurde bisher gemeinsam viel geschafft. Das Ehrenamt innerhalb der Gemeinde wird es aber nicht schaffen, diese Arbeit dauerhaft mit einer Belegung von 2.000 Personen zu stemmen. Im Rahmen des Runden Tisches finden regelmäßig Austausche mit allen Institutionen wie der Polizei oder dem DRK statt. Weitere Ehrenamtliche sind herzlich willkommen.

Schulleiterin Dagmar Drumm berichtet von der Situation in der Außenstelle der Grund- und Gemeinschaftsschule in der Landesunterkunft. Die Schulklassen sind aktuell sehr viel größer als normal, die Schüler sind interessiert und besuchen den Unterricht mit Freude. In der gesamten Zeit haben nur zwei Konferenzen wegen Auffälligkeiten stattfinden müssen. Dies ist vergleichbar mit der normalen Schule im Ort. Sie lobt die Zusammenarbeit.

Bürgerin Frederike Schildt bemängelt die regelmäßigen Gruppenschließungen innerhalb der örtlichen Kindertagesstätte. Im Kreis Segeberg wird das Kita-Gesetz im Vergleich zu anderen Kreisen, sehr streng durchgesetzt. Dies stelle die Eltern regelmäßig vor große Probleme.

Sozialministerin Aminata Touré betont, sie nehme sich diesem Anliegen gern an und bietet an, die Problematik gern persönlich vor Ort zu besprechen.

Bürgermeister Hartmut König schließt die Fragestunde sodann. Sollten noch weitere Fragen bestehen, können die Bürger*innen ihm diese schriftlich per E-Mail zu kommen lassen.

Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack ergänzt, die im Vorfeld vereinbarte Redezeit sei erschöpft. Sie dankt für die offenen Worte, die heute gefunden wurden. Auch sie stehe per E-Mail für weitere Fragen zur Verfügung.

Sozialministerin Aminata Touré bedankt sich ebenfalls für den konstruktiven Austausch und für die ehrlichen Stimmen. Sie nehme die genannten Themen mit. Gerade das angesprochene mangelhafte Sicherheitsgefühl sei ihr wichtig. Die Sicherheit, gerade auch für Frauen, nehme sie ernst und schaue wie dies zu optimieren sei.

Sie dankt den Ehrenamtlichen für ihre Arbeit. Diese stehen auch in regelmäßigem Austausch mit Herrn Gärtner, dem Direktor des Landesamtes.

Sollte beim Ehrenamt mehr Unterstützung benötigt werden, kommen Sie gern auf uns zu!

Abschließend betont sie, Boostedt werde als Standort benötigt. Ohne Boostedt habe das Land ein großes Problem. Die Herausforderungen, die die Boostedter Bürger*innen hier im Alltag übernehmen, werden gesehen und es wird gehofft, dass sie dies auch in der Zukunft weitertragen.

TOP 4 - Vorstellung „Waldsiedlung“ Baugrundstücke

Beratungsinhalt:

Bearb. durch:

Bm Hartmut König begrüßt zum Tagesordnungspunkt 4 Hans-Christian Mergel, Georg Bosch und Matthias Jakob von der Firma H-Projektierung.

Er berichtet über das geplante Neubaugebiet „Waldsiedlung“. Es wurden bereits Baugrundstücke verkauft. Anfangs gab mehr Bewerber als zu verkaufende Grundstücke. Durch die veränderte Zinslage kam es zwischenzeitlich jedoch zu vielen Rücktritten. Mittlerweile sind sechs Grundstücke verkauft. Ein neues Interessenbekundungsverfahren ist ausgeschrieben. Es sind bereits einige neue Anfragen eingegangen.

Zusätzlich zu den Ein- und Doppelhäusern soll ebenfalls ein Mehrgeschosswohnungsbau entstehen. Die Firma H-Projektierung hat ein Konzept vorgelegt. Nach der Ausarbeitung mit der Arbeitsgruppe wurde dies im nichtöffentlichen Teil in der letzten Gemeindevertretersitzung vorgestellt.

Georg Bosch stellt das ausgearbeitete Konzept, welches im vorderen Bereich an der Von-dem-Borne-Straße entstehen soll, bildlich dar. Bis zu 102 Wohneinheiten sind geplant. Es soll Wohnraum für Personen unterschiedlicher Einkommensgruppen geschaffen werden, u. a. zweckgebundener Wohnraum für alleinerziehende Elternteile sowie 20 Wohnungen für Auszubildende. In dem weiteren Gebiet ist Wohnraum mit einem etwas höherem Standard geplant, welcher erworben werden kann aber auch zu mieten sein wird. Energiestandards werden nach KWF zertifiziert. In jedem Gebäude befindet sich ein Aufzug.

Bürgerin Marina Weber erkundigt sich, ob ausreichend Parkplätze mit eingeplant wurden. Bm Hartmut König bejaht dies. Darüber hinaus gibt es bei der Kita auch eine zusätzliche Fläche, die aktuell durch LKWs genutzt wird. Es gibt die Überlegung, diese Fläche zusätzlich als Parkfläche zu nutzen.

Amtsmitarbeiterin Kaja Paffendorf ergänzt auf eine weitere Nachfrage, dass die Stellplatzsatzung auf das gesamte Konzept hin betrachtet eingehalten wurde.

Eine Bürgerin fragt wie hoch die Kaltmiete pro qm für den geförderten Wohnraum sein wird und ob auch ausreichend Kitaplätze mit eingeplant wurden. Hans-Christian Mergel teilt mit, dass der Preis 6,65 €/qm Kaltmiete beträgt. Bürgermeister Hartmut König gibt zu bedenken, dass die Umsetzung des Projektes noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Bis dahin laufen viele Plätze in Kita und Schule leer. Durch den Kita-Neubau wurden viele neue Plätze geschaffen, so dass die Gemeinde gut aufgestellt ist.

Amtsmitarbeiterin Kaja Paffendorf ergänzt, während der Aufstellung des Bebauungsplanverfahrens wurden auch Kita- und Schulplätze mit einberechnet. Dies wurde so genehmigt.

Eine Bürgerin fragt wann das Bauprojekt beginnt, wann und wo sie Exposés einsehen kann.

Bürgermeister Hartmut König betont, aktuell befinde man sich erst am Anfang der Planung. Das Ziel der heutigen Vorstellung war es, ein erstes Meinungsbild innerhalb der Gemeinde einzuholen. Außerdem hängt der zeitliche Ablauf auch davon ab wie schnell bauliche Anforderungen vorbereitet sind und auch wie schnell es von Investorensseite umsetzbar ist.

Bürgerin Frau Holtmann fragt wie die Energieversorgung sichergestellt ist. Sind Photovoltaikflächen auf den Dächern geplant? Hans-Christian Mergel erklärt, in der Planung wird versucht werden, das Energiekonzept bestmöglich umzusetzen, um die Nebenkosten für die Eigentümer/Mieter möglichst gering zu halten.

Bürger Jens Kruse erkundigt sich, ob es bereits Preisvorstellungen für die Eigentumswohnungen gibt.

Matthias Jakob erwidert, dies sei aktuell noch nicht festzulegen. Bei der Umsetzung ist man auf externe Investoren angewiesen. Der Preis hängt u. a. auch davon ab wer das Projekt letztendlich umsetzt.

Bürger Gernot Haase fragt ob Boostedter Unternehmer bei dem Kauf von Auszubildendenwohnungen bevorzugt behandelt werden. Hans-Christian Mergel antwortet, dies sei möglich.

Abschließend ergänzt Matthias Jakob, dass Investoren zur Verwirklichung des Projektes gesucht werden. Interessenten können sich gern bei der H-Projektierung melden.

TOP 5 - Fragen, Anregungen, Verschiedenes

Beratungsinhalt:

Bearb. durch:

Bürgerin Marina Weber fragt, wie es umsetzbar ist, den Bürgern mehr Sicherheit zu gewährleisten. Die Gemeindevertretung soll sich hierzu Gedanken machen, ob ein Sicherheitskonzept aufgestellt werden müsse.

Bm Hartmut König bedankt sich bei den Anwesenden für ihr Interesse und wünscht allen einen guten Heimweg.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.09 Uhr.

g.g.u.

Vorsitzender

Protokollführerin